

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 7. Juni 1932
14. Jahrgang Nr. 131

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: Einzelk. 2 Pf. + 8 Pf. Postlohn = 50 Pf., monatlich 1,50 Mk. + 50 Pf. Postlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die gehobene Mittelwertzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Werksammlungsanzeigen 6 Pf. Rest am Preis: Die dreifache Mittelwertzelle oder deren Raum im Text 70 Pf. — Ausnahme: In der Landexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 490 80. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Borberhaus), Fernsprecher 429 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 460 3A.

Massentundgebung der antifaschistischen Aktion!

3500 Breslauer Arbeiter, Frauen und Jugendliche bereit zur Einheitsfront der antifaschistischen Aktion im Betriebe, auf der Stempelstelle und im Wohngebiet / 1500 Arbeiter antworten auf den faschistischen Mordterror in Breslau mit Eintritt in den antifaschistischen Massensebstschutz / Die Faschisten müssen von der Straße weichen!

Breslau, 7. Juni. Gestern Abend fand in Breslau im Zirkus Busch eine große Massentundgebung der antifaschistischen Aktion statt. Unter stürmischer Begeisterung der anwesenden 3500 Arbeiter, Frauen und Jugendlichen wurde zur Organisierung des Massensebstschutzes gegen den faschistischen Mordterror, zum Kampf gegen den Lohn- und Unterdrückungsraub Stellung genommen.
Diese Massentundgebung war der erste Schritt des provisorischen Kampfausschusses, der letzte Woche in einer Versammlung der Kommunistischen Partei gebildet wurde, zur Herstellung der Einheitsfront. Dieser erste Schritt geschah angesichts des brutalen Mordterrors, der insbesondere in den letzten Tagen in Breslau von Seiten der Hitlergardien eingeleitet hatte.
1500 Arbeiter erklärten sich an diesem Abend zum antifaschistischen Kampf bereit, indem sie sich in die Listen für den Massensebstschutz eingetragen haben. Das ist die erste Antwort auf den faschistischen Mordterror! Die Arbeiter werden in den nächsten Tagen durch Organisierung des Massensebstschutzes in jedem Wohngebiet, an der Stempelstelle und im Wohngebiet weiter antworten. Auf diesem Wege wird es in Breslau gelingen, daß die faschistischen Mordbanden bald nicht mehr die Straße beherrschen, sondern die Arbeiterklasse.

Antifaschistische Aktion, das bedeutet nicht allein Einheitsfront zum Kampf gegen den Naziterror. Im Betrieb wird der Lohnraub durchgeführt! Durch die antifaschistische Aktion muß das abgewehrt werden! Auf der Stempelstelle wird nach der neuen Notverordnung der Regierung von Papen ein brutaler Unterdrückungsraub vorgenommen! Der muß durch die antifaschistische Aktion abgewehrt werden. Täglich werden zahlreiche Arbeiterfamilien ergriffen! Das muß durch die antifaschistische Aktion unumöglich gemacht werden. Hier ergeben sich für alle sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen, SA- und kommunistischen Arbeiter riesige Aufgaben.

Überall im Betrieb und auf der Stempelstelle sowie im Wohngebiet müssen die Kampfausschüsse aus den besten und zuverlässigsten Proletariern gebildet werden.

Die gestrige Kundgebung hat gezeigt, daß wir in Breslau am Anfang einer großen antifaschistischen Aktion, der Auslösung von Streiks in den Betrieben, der Massenkämpfe der Erwerbslosen und Jugendlichen sowie des notleidenden Mittelstandes stehen. Bei der Organisierung dieser Kampfkation darf es keinerlei Hemmung geben. Der Sprecher des provisorischen Kampfausschusses, der Genosse Pfaff, sowie der Vertreter der Kommunistischen Partei, Genosse Sandtner, erklärten, daß wir uns bei dieser Aktion einzig und allein zu richten haben nach den Interessen der Arbeitermassen. Im Interesse der weiteren Förderung dieser antifaschistischen Aktion wollen

wir nicht versäumen, insbesondere den SA- Arbeitern zu sagen, daß es, wie uns vom Kampfausschuss mitgeteilt wurde, einige Vertreter der SA gab, die sich zu Beginn gegen die Auslösung von Streiks und damit gegen die Bildung des Massensebstschutzes am gestrigen Abend ausgesprochen haben. Andere SA-Genossen sind selbst gegen diese Versuche, zu verhindern, daß der Massensebstschutz sofort geschaffen wird, aufgetreten.

Der stürmische Beifall und glänzende Kampfesgeist unter den gestern versammelten Massen des Proletariats haben bewiesen, daß die Breslauer Arbeiter gewillt sind, in der Linie der dort gestellten Arbeiten konkret an die Organisierung der antifaschistischen Aktion heranzugehen. Dabei von keiner Seite eine Verzögerung dieser lebenswichtigen und entscheidenden Formierung der Einheitsfront zur antifaschistischen Aktion! Nur so wird es dem Breslauer Proletariat gelingen, die Angriffe aller seiner Feinde zurückzuschlagen, die Faschisten von der Straße zu vertreiben und die Straßen Breslaus der Arbeiterklasse zurückzuerobern. (Ausführlicher Bericht siehe im Innern der Zeitung!)

Belegschaft der Neptun-Werft in Rostock ausgesperrt

Rostock, 6. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem die Belegschaft der Neptun-Werft durch geheime Abstimmung sich mit 87 Prozent gegen das Lohnabbaukriterium der Werksbesitzer und für den Kampf ausgesprochen hatten, wurde die Neptun-Werft heute morgen von der Direktion geschlossen. Alle Werftarbeiter wurden ausgesperrt.

Ein Regime schärffster Reaktion

Das Echo der Regierungserklärung in der kapitalistischen Presse

In der Stellungnahme der Presse zur Erklärung der Papen-Schleicher-Regierung fällt besonders auf, daß nicht eine Zeitung — selbst die bekanntesten Scharfmacherorgane, nicht — es wagt, dieser Erklärung ungeteilt ihre Zustimmung zu geben. Wohl kommen verschiedentlich mehr oder weniger verflucht die Sympathien zum Ausdruck, doch mit Rücksicht auf die Wahlen verschänzen sich die Blätter vom Schlage des „Total-Anzeigers“, der „Deutschen Zeitung“, und des „Völkischen Beobachters“ hinter einer vorgekauften Objektivität.

Die sozialdemokratische und linksbürgerliche Presse muß notgedrungen Weise den erzeptionären arbeitserfindlichen Charakter des Programms feststellen und sie überschlägt sich dabei fast in radikalen Tönen, womit sie den durchsichtigen Zweck verfolgt, von der Tatsache abzulenken, daß ihre Regierung Brüning die Vorarbeit für Papen-Schleicher geleistet hat.

Der „Vorwärts“ bringt in seiner Sonntagsausgabe als „Antwort an Papen“ Erklärungen von Otto Wels, Löbe, Leipart und Breitscheid. Bedeutungsvolles, Richtunggebendes wissen diese SPD-Führer auch in dieser Situation nicht zu sagen. Kein Wort darüber wie die Arbeiter den Kampf gegen die faschistische Reaktion führen müssen. Aber viele Worte gebrauchen sie, um den sozialdemokratischen Wählern einzureden, daß die Regierungserklärung zeige, daß Brüning doch das „kleinere Uebel“ war. Sie wollen natürlich vermeiden, daß gerade ihre Politik des kleineren Übels Brüning und vor allem Hindenburg bei der Faschisierung Deutschlands unterstützt haben, denselben Hindenburg, der Papen und Schleicher als Blahhalter Hitlers ans Ruder gerufen hat.

„Mit der Arbeitslosenunterstützung muß Schluß gemacht werden“

Die „Völkische Zeitung“ schreibt in einem Artikel „Wahlaufruf statt Programm“ u. a.: „Mit der Arbeitslosenunterstützung wird, wenn man die Regierungserklärung recht versteht, (Schluß auf der 2. Seite)

Papen-Schleichers erste Notverordnung:

Ungeheuerlicher neuer Unterstützungsabbau!

Neue Steuern — Aufhebung des SA-„Verbots“ — Verbotsvorbereitungen gegen Antifaschisten — Wahltermin: 31. Juli

Als Termin für die Neuwahl des Reichstages ist gestern Abend der 31. Juli festgesetzt worden.
Die Regierung Papen-Schleicher plant nach ihrer scharfmacherischen Regierungserklärung, die eine faschistische Kampfanlage an das gesamte arbeitende Volk darstellt, noch in dieser Woche eine Anzahl Diktatorverordnungen zu erlassen:
Es soll das Scheinverbot der SA-Mordabteilungen aufgehoben werden.
Es soll eine Beschäftigtensteuer und die Verlängerung der Kräftesteuer notverordnet werden.
Als einschneidendste Maßnahme soll ein neuer großer Unterstützungsabbau für die Erwerbslosen diktiert werden.
So will die Regierung der Barone, Generale und Truistvertreter, diese von Hitler gestützte Regierung, ihre diktatorische Herrschaft gegen die Millionenmassen des notleidenden Volkes beginnen!

Auftakt zu neuen Verboten

Noch in dieser Woche wird die Notverordnung über die Aufhebung des SA-„Verbotes“ erlassen, die gleichzeitig eine Unterstellung sämtlicher Wehrverbände unter das Reichswehrministerium verkündet wird. Die SA wird offiziell mit neuen Uniformen zur Schutzgarde des herrschenden „Systems“ ernannt.
Die proletarischen Wehrverbände und auch das Reichsbanner sollen von der Regierung Papen-Schleicher unter Kuratel gestellt werden.
Diese neue Notverordnung wird der Auftakt zum Verbot der

proletarischen Organisationen sein. Die Regierungserklärung mit ihrer zynischen Kampferklärung gegen das „atheistisch-marxistische Denken“ ist die Vorbereitung auch des Verbotes des reformistischen Freidenkerverbandes.
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat sich gestern an die deutsche Arbeiterklasse und alle Werktätigen mit dem Aufruf gewandt, die antifaschistische Aktion der proletarischen Millionen gegen diese Regierung der finsternen Reaktion zu entfalten.
Gegen diese Regierung muß der außerparlamentarische Massenkampf, die Streiks der Betriebsarbeiter, die Massenaktionen der Erwerbslosen, der Kampf der armen Bauern und des städtischen Mittel-

standes, geschaffen werden. Nicht mit dem Stimmzettel, sondern durch den proletarischen Klassenkampf wird die faschistische Generalsdiktatur und die Herrschaft des Hitlerfaschismus verhindert.
Die deutsche Arbeiterklasse, zusammengeschiebet in ihrer millionenstarken Einheitsfront, muß erklären:
Wir bulden nicht die Herrschaft der Barone, Generale und Truistkapitalisten!
Wir bulden nicht den Machtantritt des blutigen Hitlerfaschismus!
Wir bulden nicht, daß offene faschistische Diktatur noch schlimmeres Elend über die Massen bringt!
In den Reihen der Arbeiter aller Richtungen wächst der Wille zur großen Einheitsfront des antifaschistischen Kampfes. Es werden in den Betrieben Stimmungen für den Generalkrieg laut. Die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen, daß es bisher mit der Brüning-Hindenburg-Severing-Politik nicht mehr weitergehen kann. Sie lernen die Notwendigkeit des politischen Massenstreiks erkennen.
Die Größe der faschistischen Gefahr erfordert, daß die Kommunisten mit klugem Mut sich an die Spitze der breitesten antifaschistischen Mobilisierung stellen.

Die Hungerarmee der Rationalisierten setzt sich in Bewegung

Überall Widerstand gegen den Unterfügungsraub — SPD., christliche, Nazi-, kommunistische und parteilose Arbeiter in geschlossener Front — „Führer“ entlarven sich — Polizei knüppelt nieder und schlägt — Appell an die Betriebe — Erwerbslose setzen ihre Forderungen zum Teil durch

Wüstegiersdorf. In einer Erwerbslosenversammlung, die am Freitag, dem 27. Mai, stattgefunden hatte, wo man zu dem Unterfügungsabbau Stellung nahm, wurde eine Kommission aus parteilosen Erwerbslosen gewählt, die eine Reihe von Forderungen der am 30. Mai tagenden Gemeindevertreterversammlung übergeben sollten. Die Delegation entledigte sich auch ihrer Aufgabe. Der sozialdemokratische Gemeindevorsteher **Frank** erklärte jedoch, daß er über diese Anträge nicht abstimmen lassen könne, weil sie „ungefährlich“ seien. Die sozialdemokratische Gemeindevertretung schmeig sich aus und Frank krönte noch diese jämmerliche Rolle der SPD., indem er sagte, er würde sich schämen, mit einem solch ungefählichen Antrag vorstellig zu werden! (Gemeint ist beim Landrat. Die Red.)

Nach dieser Ablehnung der Anträge der Erwerbslosen durch die sozialdemokratische und bürgerliche Gemeindevertretung rief der Erwerbslosenausschuß sofort eine erneute Erwerbslosenversammlung ein, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Eine ungeheure Empörung entlud sich in der Diskussion über die schändliche Rolle der SPD.-Vertreter. Es wurde ein Aktionsausschuß gebildet, der sich aus zwölf Parteilosen, vier Kommunisten, drei Reichsbannerarbeitern und einem SPD.-Arbeiter zusammensetzt. Der gewählte Nazilarbeiter trat anscheinend aus Angst vor seinen Führern zurück. Die Erwerbslosenversammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, die schärfsten Protest erhebt gegen die schändliche Haltung der Gemeindevertretung, gegen die Anträge der Erwerbslosen. Die Erwerbslosen forderten die sofortige Einberufung einer neuen Gemeindevertretung und erneute Stellungnahme zu den Erwerbslosen. Da anschließend an die Versammlung die Textilarbeiterin **Drieschner** aus **Langensielau** über ihre Erlebnisse in der Sowjetunion sprach, wurden viele Fragen an die Russlanddelegierte gestellt. Alle diese Anträge zeigten von der innigen Anteilnahme am Aufbau und von dem ungeheuren Interesse über alle Dinge, die sich in der Sowjetunion ereignen. Die Erwerbslosen konnten auch aus den Ausführungen der Kollegin **Drieschner** ersehen, daß nur in einem Lande der Welt, eben in der Sowjetunion, keine Arbeitslosigkeit, kein Hunger und kein Elend zu verzeichnen ist.

Inzwischen versuchte man den Wüstegiersdorfer Erwerbslosen am 3. Juni doch die gekürzten Sätze auszusuchen. Die Unterfügungsempfänger aber verweigerten die Annahme und forderten die volle Auszahlung der Unterfügung. Am selben Abend fand auch die erneute Gemeindevertreterversammlung statt, und vor überfülltem Sitzungsraum besaßen die Gemeindevorteiler einstimmig, daß die Unterfügung am Sonnabend voll auszuzahlen wird. Die Erwerbslosen wichen nicht von der Straße und der sozialdemokratische Landrat schickte ein Hebeskauto mit 60 Schupos, mit Karabinern bewaffnet. Man wollte anscheinend den Hunger mit blauen Bohnen stillen.

Nach der Vertreterversammlung beschlossen die Erwerbslosen in einer Versammlung, einen Appell an die Belegschaft der Firma **Meyer Kaufmann** sowie an den Ortsausschuß des **ADGB** zu richten, ferner einen Solidaritätsaufruf an die gesamte Einwohnerschaft von **Wüstegiersdorf**. Dieser Weg wird weitergegangen werden.

Erwerbslose befehen Gemeindebüro

Auch aus anderen Orten dasselbe Bild. So berichtet man uns aus **Polsnitz** bei **Freiburg**, daß dort etwa 800 Wohlfahrts-empfänger vorhanden sind, die schon öfters die Unterfügung nur zum Teil ausgezahlt erhielten. Auch in der letzten Woche wurden die Unterfügungen nur teilweise ausbezahlt. Darüber gerieten die Erwerbslosen in eine ungeheure Empörung, weil sie vor einem blanken Nichts standen. Es war ein einziger Wille unter den Erwerbslosen, gleich welcher Parteirichtung sie angehörten. Alle schlossen die Einheitsfront zum Kampf um die Auszahlung der Unterfügung. Am Dienstag früh fanden dann die Arbeiter restlos, unbekümmert ihrer politischen Überzeugungen, vor dem Gemeindebüro. Der Gemeindevorsteher suchte sich durch Ausreden zu drücken. Die Erwerbslosen schenkten den Wägchen keinen Glauben mehr, besetzten sämtliche Räume des Gemeindebüros und setzten sich selbst mit der Regierungsbehörde telefonisch in Verbindung, um dieser die Forderung nach sofortiger Auszahlung der Unterfügung zu übermitteln. Man versprach den Erwerbslosen, am Nachmittag um 2 Uhr die Unterfügung auszuzahlen. Pünktlich waren die Erwerbslosen wieder hier, doch es war kein Geld da. Unter der Empörung der Erwerbslosen sah sich der Gemeindevorsteher gezwungen, mit einem Auto und einer Delegation der Erwerbslosen sofort zum Landrat zu fahren. Dieser sah sich gezwungen, das Geld sofort zu beschaffen. Abends um 6 Uhr wurde auch die Unterfügung ausgezahlt.

Die Sitzung des Gemeindeparlamentes in **Polsnitz** am Donnerstag, dem 2. Juni, zeigte, daß die SPD. wie ein begehrter Pudel da saß und zu den Anträgen der Erwerbslosen kein Sterbenswörtchen sagte. Bei allen übrigen Punkten redeten die Vertreter der SPD. sehr viel, nur zu diesem Punkte schwiegen sie sich aus. Allein die kommunistische Fraktion war es, die die notwendigen Erklärungen und Begründungen zu den Forderungen der Erwerbslosen antrug brachte.

Am letzten Zahlungstag wollte man den Unterfügungsabbau durchsetzen. Der Gemeindevorsteher hatte sich mit reichlich Landstreicherei verjagt. Aber das Vorhaben scheiterte abermals an der Geschlossenheit der Erwerbslosen. Die Erwerbslosen lehnten die Auszahlung der 70 Prozent Unterfügung ab und forderten, daß die 30 Prozent Gemeindegeldschlag mit bezahlt werden. Die Erwerbslosen haben ihre Forderung durchgesetzt. Der bestehende Kampfausschuß wurde erweitert. Es wurden zwei Arbeiter der SPD., zwei von der **NSDAP.** und zwei parteilose hinzugewählt.

Arbeitsbeschaffungsprogramme in allen Orten

Gottesberg. Auch in **Gottesberg** sind die Erwerbslosen in Bewegung gekommen. Zu der bevorstehenden Stadtverordnetenversammlung haben sie ein Arbeitsbeschaffungsprogramm eingereicht, das durch die kommunistische Fraktion vertreten werden wird, welches über großen Reichtum von Erwerbslosen von **Gottesberg** Arbeitsmöglichkeiten geben konnte. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm von **Gottesberg** fordert:

1. Ausbau des Verbindungsweges zwischen Bahnhof Gottesberg und Schützenstraße, ferner einer Verkehrsstraße.
2. Ausbau der Straße Gottesberg-Stöckhan.
3. Ausbau der Schützenstraße von der Fürstentiner Straße bis zur Einmündung in die Kreisstraße in Fellkammer.
4. Ausbau des Baches vom Teich bis zur Stadtgrenze nach Alt-Löffig.

5. Ausbau der Straße im Ortsteil Ober-Herrsdorf (Mittel- und Heidestraße).
6. Verwendung der gesamten Hauszinssteuermittel zum Bau von Arbeiterwohnungen und Raureinmachung von Gelände.
7. Sämtliche Arbeiten sind als versicherungspflichtig zu Tariflöhnen auszuführen.
8. Zur Fertigstellung des Neubaus an der Schützenstraße sind die erforderlichen Mittel bereit zu stellen.

Außerdem sind noch eine Reihe von Anträgen eingereicht, die u. a. die Nichtdurchführung des Lohnabbaues bei den Gemeindevorteilern verlangen, weiter ein Antrag, der die Amtsenthebung des Bürgermeisters fordert und ein Antrag, der einen Untersuchungsausschuß zur eingehenden Prüfung gegenüber dem Vorgehen der Polizei anlässlich der Vorgänge am 26. April dieses Jahres fordert.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat außerdem noch einen Antrag gestellt, daß die durch die Kolonordnung entstandene Mieterschönung bei den Erwerbslosen auf die Dauer der Erwerbslosigkeit von der Stadt übernommen werden. Des weiteren einen Antrag, der die Errichtung einer Volksschule unter Kontrolle der Erwerbslosen in **Gottesberg** fordert, wo jeder Erwerbslose für sich und seine Familienangehörigen kostenfrei, ohne irgendwelchen Abzug, ein warmes Mittagessen zu erhalten hat. Weiter fordert die kommunistische Fraktion die Erweiterung der Kinderbetreuung sowie die Belieferung mit Frischmilch für die Kinder der Erwerbslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen.

Die drei Generationen in der Kampffront

In **Friedland** lehnten die Erwerbslosen ebenfalls am vergangenen Freitag geschlossen die Annahme der gekürzten Wohlfahrtsunterfügung ab. Am Sonnabendvormittag versammelten sich die Erwerbslosen mit ihren Frauen vor dem Rathaus. Sie holten ihre Kinder, die bereits in der Schule waren, wieder heraus und zogen mit ihnen zum Rathaus und setzten Frauen und Kinder in die Büros. Die Frauen forderten für ihre Kinder Brot, damit sie nicht verhungern. Das Ueberfallkommando war auf Anordnung des Bürgermeisters erschienen, um etwa rebellierende hungerige Menschen mit blauen Bohnen zu füttern. Das Rathaus wurde in brutaler Weise geräumt und auf die Erwerbs-

Rote Einheit gegen Spaltung im DFB. Kogenau!

Deutsche Freidenker protestieren gegen Verbot der proletarischen Freidenkerbewegung

Die Ortsgruppe des Deutschen Freidenkerverbandes in **Kogenau** nahm gestern in der Mitgliederversammlung Stellung zu der Spaltung, die Leichen-Pietich in der Ortsgruppe beabsichtigt.

Die gesamte Mitgliedschaft erklärt sich mit dem Ortsvorstand solidarisch und erhebt Einspruch gegen die von Pietich diktierte Ablehnung desselben. Sollte Pietich trotzdem gegen den Willen der Mitglieder der Ortsgruppe Maßnahmen ergreifen, so werden die Genossen den Kampf weiter führen in der roten Einheitsfront gegen die Spaltungspolitik der Eisvers- und Pietich-Bürokratie.

Folgende Resolution wurde von allen Mitgliedern der Ortsgruppe einstimmig angenommen:

Entschließung

Die am 2. Juni tagende Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Nr. 227 (**Kogenau**) des Deutschen Freidenkerverbandes erhebt klammenden Protest gegen den Versuch des Bezirksvorstandes, den Ortsverein zu spalten und dessen Vorstand auszuschließen. Die gesamte Mitgliedschaft stellt sich geschlossen hinter ihre selbstgewählte Führung und erklärt sich mit dieser solidarisch.

Die Ortsgruppe protestiert empört gegen das Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker Deutschlands.

Die brutale Anebelung dieser proletarischen Kultur- und Weltanschauungsorganisation ist ein weiterer Schritt in der Falschierung Deutschlands. Mit größter Empörung stellen wir fest, daß das Verbot von der Hindenburg-Brüning-Regierung ausgegangen ist, die von den Führern der SPD. und der Eisernen Front als das „kleinere Übel“ gegenüber einer Hitler-Regierung hingestellt worden ist.

Das Verbot des **DFD.** ist eine würdige Ergänzung zur Konfessionspolitik der Kapitalistenklasse Deutschlands.

Diese Politik ist nur möglich gewesen durch die aktive Unterstützung der SPD.-Führer im Reich und in Preußen, die nicht nur den Konfessionspolitikern mit den Kirchen zustimmten, sondern durch ihre Polizeiminister die Versammlungen der Freidenker auflösten, Kultur- und Weltanschauungsorganisationen schlossen sowie Zeitungs- und Broschürenverbote massenweise erließen.

Die Versammlung stellt weiterhin fest, daß die Führung des **DFD.** durch ihre Spaltungspolitik, durch die Massenausschlüsse oppositioneller Mitglieder, durch ihre Hege gegen den Atheismus in der Sowjetunion den Boden für das Verbot des **DFD.** mit vorbereitet hat.

Wir geloben, auf das Verbot des **DFD.** und auf die verbrecherische Haltung der **DFD.**-Führung mit verstärktem Kampf gegen die faschistische Kulturreaktion mit einer Massenkampagne zum Austritt aus der Kirche, mit der Organisation der roten Einheitsfront zu antworten.

Nieder mit dem Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker! Es lebe das revolutionäre Freidenkertum!

Für die Einheitsfront aller Ausgebeuteten im Kampf gegen Hunger, Krieg und Faschismus!

losen eine wahre Jagd gemacht. Zwei Erwerbslose waren in ein Fährdorgebiet geflüchtet. Die Polizei raste nach und verprügelte nicht nur die sich in dem Moment dort befindlichen Kunden, sondern auch die Verkäuferin. Sechs Erwerbslose wurden verhaftet, darunter ein SPD.-Arbeiter. Der Bürgermeister hat sich zu seinem persönlichen Schutz acht Polizeibeamte aus **Waldenburg** in **Friedland** stationieren lassen.

Über ganz **Sachsen** braut die Welle der Bewegung der Erwerbslosen. Aus **Wohla** erhalten wir die Mitteilung, daß dort eine Verammlung stattfand, die von etwa 500 Personen besucht war. Der Saal konnte die Massen kaum fassen. Auch dort ist ein Kampfausschuß gebildet worden. SPD.- und Reichsbannerarbeiter stehen mit Kommunisten in geschlossener Front. Der Kampfausschuß war dreimal beim Landrat, der versprach, sich in der Kreisaußscheidung für die Forderungen der Erwerbslosen einzusetzen. Die Massen wichen nicht. Die Polizei ging mit Gummiknüppeln gegen die Arbeiter vor, die dort um ihr Stückchen Brot protestierte. Ein Arbeiter liegt im Krankenhaus. Wie uns weiter berichtet wird, hat die Polizei in **Wohla** geschossen.

Naziprovokationen sollen Einheit zerschlagen Arbeiter lehnen faschistische Methoden ab

In **Neusalza** referierte in einer Erwerbslosenversammlung der Genosse **Kadeitsch** über das Arbeitsbeschaffungsprogramm von **Neusalza**. In dieser Versammlung waren die Nationalsozialisten bereits nach vorheriger Besprechung erschienen, um die Versammlung zu sprengen oder den Erwerbslosenausschuß restlos mit Nazis zu besetzen. Die Erwerbslosen lehnten aber diese Methode ab. Als es dem Nazi-Diskussionsredner nicht gelingen war, die Erwerbslosenausschuß für sich zu gewinnen und der Genosse **Wogel** von der **NSD.** sprach, setzte wieder organisierter Krach ein, der schließlich zur Auflösung der Versammlung durch die Polizei führte. Es herrschte unter der Arbeiterschaft über die Provokation der Nazis eine ungeheure Empörung, so daß es auf der Straße zu einem schweren Zusammenstoß kam. In diesem Kampfe standen SPD.- und Reichsbannerarbeiter Schulter an Schulter mit den Kommunisten. Es wurden sieben Nazis und ein Arbeiter vom Kampfbund zum größten Teil schwer verletzt. Die Polizei verhaftete den Genossen **Wogel** von der **NSD.**, Genossen **Hertzog** vom Kampfbund sowie drei parteilose Arbeiter. Genosse **Wogel** wurde gegen Abend wieder auf freien Fuß gesetzt, die anderen wurden ins Gefängnis abtransportiert. Die Nazis, die sich selbst brühten, daß sie diese Versammlung abgewürgt haben, daß alles „geklappt“ hätte, die sind nicht eingesperrt.

Alle diese Vorgänge zeigen, daß sich eine breite Einheitsfrontbewegung zusammenschweigt. Klassengegner versuchen diese Front zu sprengen. Dieser Versuch der Feinde der Einheitsfront muß scheitern.

Lohn- und Urlaubsabbau in der Glasindustrie

Penzig. Am 30. April dieses Jahres lief der Manteltarif der Weichholglasindustrie ab. Zugleich wurden in den meisten Betrieben die Sortentarife gekündigt, und zur selben Zeit lief der Lohnstarif ab. Es ist erklärlich, daß die Unternhmer die Zeit als günstig genug erachten, in der gegenwärtigen Wbauffensiv auch in der Glasindustrie wesentliche Verschlechterungen gegen die Arbeiter durchzuführen.

Der Manteltarif wurde durch einen gefällten Schiedsbruch „neu geregelt“. Er enthält wesentliche Verschlechterungen. Zuerst in der Urlaubfrage. Durch diese „Neureglung“ erhalten nur die Arbeiter Urlaub, die in der Zeit vom 1. Oktober vergangenen Jahres bis zum 1. April dieses Jahres ununterbrochen im Betrieb waren. Diese Arbeiter erhalten aber auch keine Ferien wie früher, sondern nur eine Bezahlung von 70 Prozent ihrer Ferienzeit. Das Entscheidende aber bei dieser Neureglung ist, daß große Teile von der Urlaubsfrage ausgeschlossen wurden. In den allermeisten Fällen wird in die oben angeführte Zeit die Reparaturzeit eingelegt. Diese Reparaturzeit bedeutet eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, und aus diesem Grunde bekommen viele Arbeiter, vielleicht der größte Teil, gar keine Ferien in diesem Jahre mehr.

Verschlechterungen im Kündigungswesen

Auch in der Kündigungfrage ist eine „Neureglung“ eingetreten. Bisher war eine Kündigungsfrist von vierzehn Tagen; jetzt ist die Kündigungsfrist auf eine Woche reduziert worden. Dazu kommen noch wesentliche Lohnreduzierungen und Bestimmungen, die direkten Wert an den Hungertrübsalen der Arbeiter darstellen. So sollen in Zukunft „vermeintliche Lohnansprüche“ binnen zwei Wochen geltend zu machen sein, andernfalls der Einspruch als verwirkt zu gelten hat. Wenn man hierbei in Betracht zieht, daß zurzeit die betrieblichen Regelungen über die Sortentarife noch nicht abgeschlossen sind, daß man Lohnreduzierungen von 30 und sogar 48 Prozent für manche Sorten vorzieht, so zeigt die ganze Tarifregelung eine ungeheure Verschlechterung der Glasarbeiter.

Bei den Akkordarbeitern hat man keinen formell generellen Lohnabbau durchgeführt. Er ist in obigen Ausführungen eingegriffen. Die Zuschlagsarbeiter und Tagelöhner, die früher als Wochenlöhner bezahlt wurden, sind jetzt Stundentlöhner geworden. Das hat den Nachteil zur Folge, daß für diese Arbeiter die gesetzlichen Feiertage nicht mehr bezahlt werden brauchen und auch nicht mehr bezahlt werden. Man hat sich dabei sogar nach außen hin noch eine soziale Geste erlaubt und erklärt, daß man für die Einföhrung des Stundenlohnes statt des Wochenlohnes einen Ausgleich schafft durch einen Zuschlag von 1,5 Prozent.

Richtigstellung

Im lokalen Teil der „N. Z.“ vom 2. Juni ist uns im Bericht „SPD.-Röhler verurteilt“ (Verhandlung vor dem Arbeitsgericht **Waldenburg**) ein Fehler unterlaufen. Es heißt nicht: „... bemerkenswert die lebende Rolle, die der Zeuge **Baumeister** Dehmel spielte“ usw., sondern es muß heißen: „... **Baumeister** **Redlich**“ usw. Wir bitten unsere Leser, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Wer sparen will,

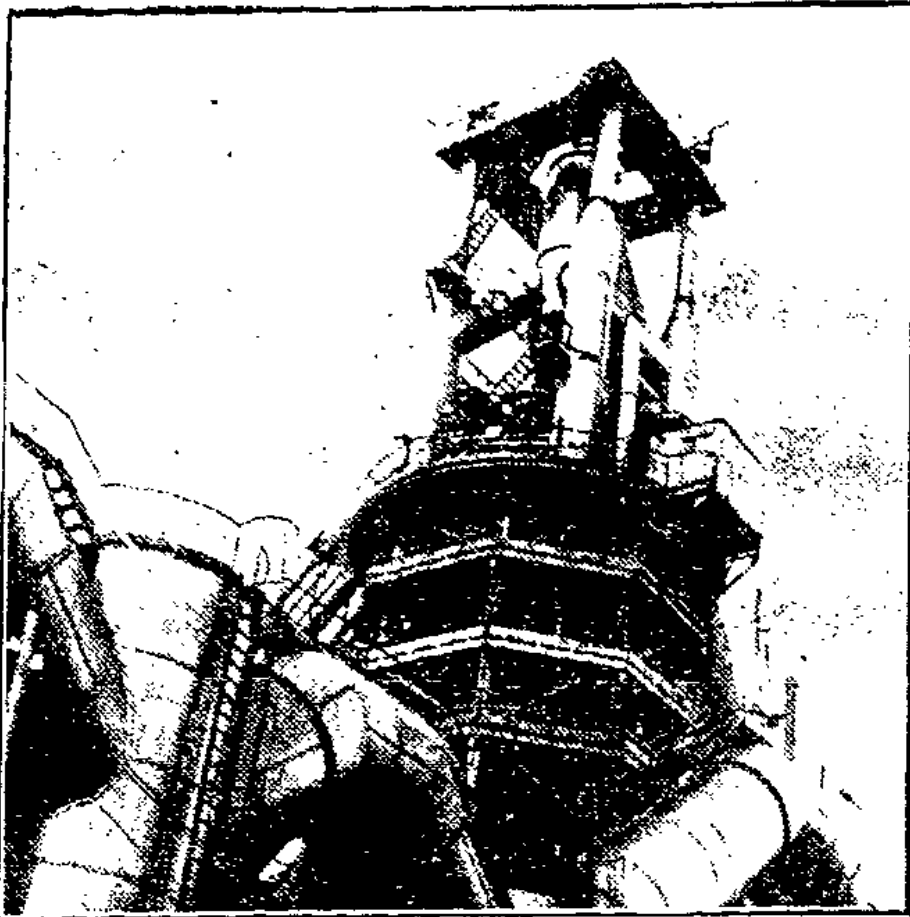
ohne sich einzuschränken, wähle **CLUB 31**. Sie ist so groß wie eine durchschnittliche 6 Pfg.-Zigarette und dabei echt macedonisch, also äußerst preiswert.



RUND UM DEN ERDBALL

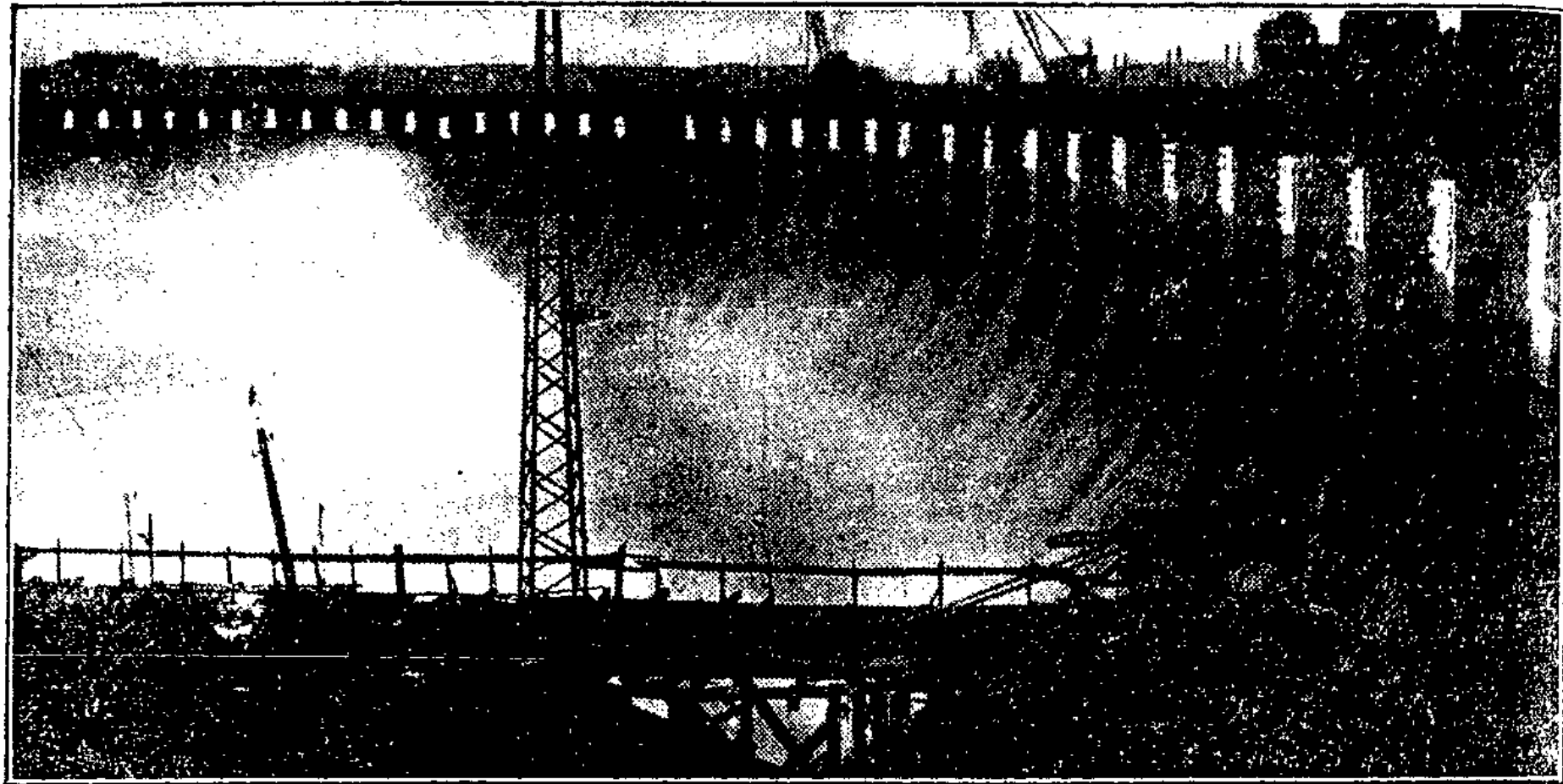
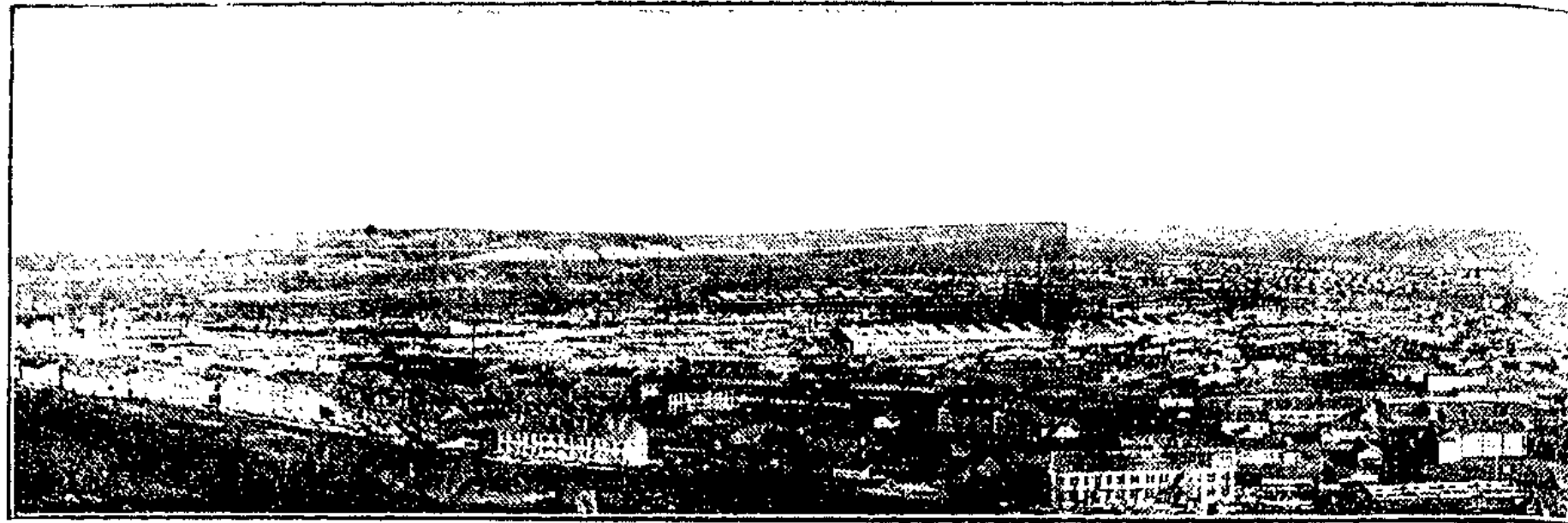
Wo neues Leben entsteht

- unter der Herrschaft der Arbeiterklasse in der Sowjetunion



Unser obenstehendes Bild zeigt den vor kurzem in Betrieb gesetzten Hochofen Dnjepr-Petrowsk. Insgesamt werden in der Sowjetunion im laufenden Jahre 24 neue Hochofen erbaut. Oben rechts: Die im Entstehen begriffene neue Stadt Nowo-Kuznetzk. In der vorher unbewohnten Steppe entsteht ein gewaltiges metallurgisches Kombinat und eine neue sozialistische Stadt.

Unten rechts: Teilansicht des gewaltigen, kurz vor seiner Beendigung stehenden Staudammes am Dnjepr.



Erdbebenkatastrophe in Mexiko

Hunderte Tote und Verletzte

New York, 6. Juni. Das Erdbeben, das am Freitag Mexiko heimsuchte, scheint, wie erst jetzt bekannt wird, verheerende Folgen gehabt zu haben. So wird die Zahl der Toten im Erdbebengebiet nach aus Mexiko-Stadt vorliegenden Meldungen auf 400 geschätzt. In Guadalupe, der Hauptstadt des Staates Jalisco, sollen 300 Menschen getötet bzw. verwundet sein. Die Unglücksboischaften laufen mit Verspätung ein, da die Telegraphenverbindungen durch das Erdbeben unterbrochen worden sind.

New York, 6. Juni. Nach weiteren in Mexiko-Stadt eingetroffenen Meldungen aus den abgelegenen Gegenden des Erdbebengebietes wird die Zahl der Toten bisher mit 500 angegeben. Hier von entfallen 300 auf das Gebiet Guadalupe im Staate Jalisco. Man befürchtet, daß die Zahl der Toten noch steigen wird. Insgesamt sind 20 Ortschaften zerstört worden. Am

schwersten haben die Städte Zamora, Tuxtla und Mascota gelitten.

Da die Behörden mit weiteren Beben rechnen, sind die Schulen, Theater, Restaurants und Kirchen geschlossen worden. Man nimmt an, daß sich der Herd des Bebens im Stillen Ozean in der Nähe von Colima befindet.

Erdbeben in Kalifornien

Eine Tote, mehrere Schwerverletzte

New York, 6. Juni. In Eureka im Staate Kalifornien (U.S.A.) ereignete sich nachts um 1 Uhr ein Erdbeben, durch das eine große Anzahl von Häusern teilweise zum Einsturz gebracht wurde. Eine Frau wurde hierbei getötet, mehrere Personen wurden schwer verletzt.

Militärlastkraftwagen verunglückt

Zwei Tote und zehn Schwerverletzte

Minden (Westfalen), 6. Juni. Ein mit mehr als 20 Motoren der 1. Marine-Artillerie-Abteilung aus Kiel besetzter Lastkraftwagen der Kraftfahrtruppe fuhr in der Nacht zum Sonntag zwischen Heimen und Schlüßburg auf der Straße von Minden nach Stolzenau gegen einen Baum. Sämtliche Insassen wurden aus dem Wagen auf die Straße und anliegenden Wälder geschleudert. Der Frontlenker wurde dabei durch einen Wirbelsäulenbruch und war auf der Stelle tot. Ein zweiter Insasse starb im Stollenauer Krankenhaus, wo nach vier Mann mit lebensgefährlichen Schädelbrüchen dazuliegen. Sechs weitere Mitarbeiter erlitten ebenfalls sehr erhebliche Verletzungen. Der Kraftwagen kam aus dem Munsterlager. Der Wagen, der nur wenig beschädigt wurde, fuhr noch etwa 100 Meter weiter und konnte dann von dem im verdeckten Vorderraum sitzenden Fahrer, neben dem sich noch ein Oberleutnant und ein Stabsarzt befanden, zum Helfen gebracht werden.

Mord an einer Sechzigjährigen

Cutin, 6. Juni. Die 60jährige Witwe des Regierungspräsidenten Schock in Cutin-Zillau wurde unter der Kellertreppe ihres Hauses erstickt aufgefunden. Der Toten waren Arme und Beine abgetrennt. Der 24jährige Sohn der Ermordeten, Ludwig, der als Geisteskranker bereits in der Anstalt Strömzig bei Lübeck war, wird der Tat verdächtigt. Ludwig Schock hat bereits einmal Brandstiftung verübt.

Hagelsturm über dem Inntal

München, 6. Juni. Ueber das Inntal, den Mangfallau, ging am Sonntagnachmittag ein Hagelwetter nieder, das an Gewalt und Ausmaß nicht hinter denen der Vorjahre zurückbleibt. Der Hagelschlag dauerte ungefähr 20 Minuten. Die Schloßen waren durchschnittlich vier bis sechs Zentimeter groß. Noch am Abend waren die Ähren mit den Hagelkörnern besät. Die Getreide- und Heurnte ist in den betroffenen Gebieten zum Teil vernichtet. Die Bäume sind entlaubt, die Fruchtansätze sind buchstäblich in den Boden hineingestampft. Die ganze Gegend bietet ein Bild der Verwüstung. Für die Oberländer Bergbauern bedeutet der Hagelschlag eine neue schwere Heimjuchung.

Das Ende eines Rekordabenteurers

Die Überquerung des Atlantik durch den Wiener Helm mißglückt

London, 6. Juni. Nach einer Meldung aus Las Palmas (Kanarische Inseln) wurde unweit der Inselgruppe die Leiche des österreichischen Wasserportiers Theodor Helm in seinem mit Wasser gefüllten Gummiboat gefunden.

Helm hatte die Absicht, den Atlantischen Ozean allein in seinem Kanusboot, auf dem er auch ein kleines Segel spannen konnte, von Lissabon aus zu überqueren. Das Boot und die Leiche Helms wurden in der Nähe von Arzesse von der Nacht „Candelaria“ aufgespürt. Nähere Einzelheiten über die Tragödie im Atlantischen Ozean sind nicht bekannt.

Italienisches Munitionsdepot explodiert

Rom, 5. Juni. Ein schweres Unglück ereignete sich am Sonntag in Neapel, wo infolge der Explosion eines Munitionslagers fünf Soldaten getötet und sechs schwer verletzt wurden. Ein weiterer Soldat hat durch den ausgehenden Schrecken die Sprache verloren. Das Unglück soll durch ein Salutschießen verursacht worden sein.

Im Gefängnis im Hungerstreik gestorben

Paris, 6. Juni. Im Gefängnis zu Lille fanden die Wärter am Sonntagmorgen eine zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte ehemalige Kabarettbesitzerin tot in ihrer Zelle auf. Die Gefangene war seit einigen Tagen in den Hungerstreik getreten und starb an den Folgen der Unterernährung. Eine gerichtliche Untersuchung darüber wird eingeleitet werden, wie es möglich war, daß keinerlei Maßnahmen ergriffen wurden, die Gefangene an der Durchführung ihres Planes zu verhindern.

Im Postauto verbrannt

Schlawa, 5. Juni. Der Oberpostsekretär Reineke aus Schlawa, der vertretungsweise ein Postauto lenkte, fuhr am Sonntagvormittag auf der Chaussee zwischen Kemitz und Bankau gegen einen Baum. Dabei explodierte der Kraftwagen und verbrannte vollständig. Der Oberpostsekretär konnte sich nicht mehr retten und verbrannte bei lebendigem Leib.

Ein geheimnisvoller Fund

Liegt ein Verbrechen vor?

Frankfurt am Main, 5. Juni. Im hiesigen Stadtwald fanden zwei Radfahrer in einer Zigarettenschachtel Ausweispapiere auf den Namen eines Ferdinand Werhahn, geb. 28. 5. 1912 zu Linden bei Hannover. Neben der Zigarettenschachtel lagen vollkommen mit Blut durchtränkt ein Brotbeutel, eine Mütze und ein Stück Regenmantel. Die Radfahrer ließen die mit Blut besudelten Gegenstände liegen und fuhrten mit den gefundenen Papieren zur Polizei. Als diese am Fundort erschienen waren sämtliche Sachen verschwunden und konnten trotz Ansehens eines Polizeihundes nicht mehr gefunden werden. Werhahn war am 25. Mai 1932 von Springe bei Hannover abgemeldet. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden, ob ein Verbrechen begangen worden ist.

Sechs Tote bei einer Lokomotivkesselexplosion

Kairo, 5. Juni. Durch die Explosion eines Lokomotivkessels wurden auf der Aharah-Eisenbahnstrecke in der Nähe von Kairo sechs Personen getötet und elf schwer verletzt. Die Lokomotivkessel explodierte, als der Zug gerade auf einer kleinen Eisenbahnstation hielt gemacht.

Roter Massenelbstschutz formiert sich

Die Straßen Breslaus gehören der Arbeiterschaft — Kampfbegeisterte Massenkundgebung im Zirkus Busch — SPD.-Proleten, her zur kämpfenden Einheitsfront!

Breslau, 7. Juni. Gestern Abend fand im Zirkus Busch die vom provisorischen Kampfausschuss einberufene antifaschistische Massenkundgebung statt. Zeit Wochen, ja für Monaten ringen die Arbeiter allerorts um die kämpfende Einheitsfront, um mit ihr dem Lohn- und Unterdrückungsrauberischen Faschismus ein Paroli zu gebieten. Mit dem gestrigen Abend dürfte ein Grundstein in dieser Richtung gelegt sein. Genosse Beyer, Mitglied der SPD., eröffnet im Auftrag des provisorischen Kampfausschusses mit dem Gong der roten Einheitsfront „Rot Front!“ die gewaltige Kundgebung, nachdem der weite Kuppelbau des Zirkus Busch bis auf den letzten Platz gefüllt war und die Gruppen mit den roten Fahnen der Arbeiterschaft unter den Klängen der „Internationale“ unter brandendem Beifall der nach Tausenden zählenden Masse einmühtig waren.

Kurz befehlte Genosse Beyer die Regierungsstrafe und wies darauf hin, daß die Regierung v. Papen der Übergang zum offenen Faschismus ist. Das freche Auftreten der Nazi und der blutige Überfall dieser Mordgeißeln im Preussischen Landtag auf die kommunistischen Abgeordneten zeigt eindeutig, wozu der Weg führt. Mord und Terror ist die faschistische Diktatur frech ihr Haupt. In Gemeinschaft mit den Faschisten steht die Aktion der Regierung, die einen neuen

Angriff auf die Demokratie und Hundstunde der Arbeiter und Erwerbstätigen plant. Die Genosse Beyer an dem Pulver der Zagan zeigte, was man vor wackeligen Tagen mit Maschinenwehren und Mannen angefahren ist, um einen obrhischen und menslichen Tritt auf die Arbeiterschaft auszuprobieren, um ihnen leichter die Unterdrückungs-lage fürzen zu können, brach ein Sturm der Entrüstung unter den Versammelten aus. Aber auch in Breslau werden die Faschisten täglich frecher und die letzten Tage haben zur Genüge bewiesen, daß es an der Zeit ist, zur antifaschistischen Aktion gegen den Mordterror der Faschisten zu schreiten. Jetzt heißt es alle Kräfte im Proletariat zu sammeln zum Gegenstoß gegen den Faschismus. Die Arbeiterschaft ist unbesiegbar in der roten Einheitsfront. (Lebhafter Beifall.) Der vorbereitende Kampfausschuss gegen die Maßnahmen der Faschisten aller Art ist bereits gebildet und die heutige Versammlung muß den Grundstein legen zum roten Massenelbstschutz, zur roten kämpfenden Einheitsfront.

Nachdem Genosse Beyer darauf hingewiesen hatte, daß dann die Funktionen mit Einzeleingangslisten für den roten Massenelbstschutz herangezogen werden, in die sich alle eintragen sollen, erteilte er dem Genossen Pfa... das Wort, dessen Rede zweite Seite Hauptblatt abgedruckt ist.

die imperialistischen Mäurer in sowjetrussisches Gebiet einfallen. Darum schließen wir die Einheitsfront zur antifaschistischen Aktion! Brüder, reißt euch die Hände, auf zum letzten Geheiß, die Internationale erklämpft das Menschenrecht!

Nachdem Gen. Sandtner unter langanhaltendem Beifall geendet hatte, schloß Gen. Beyer die gewaltige Kundgebung ab, die von einem glänzenden Kampfgeist getragen war, mit einem dreifachen „Rot Front!“ Beifall, in welchem die kämpfend entschlossenen Arbeiter begeistert einhimmten. Stehend sang die einzige tausendköpfige Masse die „Internationale“ und nach einem dreifachen „Rot Front!“ künden die Redner, die gehen nach dem Anfang der antifaschistischen Aktion handten, unter den Schreierklängen „Die Straße frei den roten Pataillonen!“ auf die Straße.

Antifaschistische Aktion wehrt faschistische Provokationen ab

Rückblickend an die gewaltige Kundgebung fröhnten die Massen der Arbeiterschaft wieder ihren elenden Hütten zu. Die Garten- und Schweidnitzer Straße waren schwarz von Menschen. Dort, wo sonst die Nazioten ihr Hüllegebrüll ertönen lassen, waren gestern Abend die Straßen besetzt von den Massenbewegten Arbeitern, welche auch in der Tat bereit sind, den antifaschistischen Aktion zu führen und dort die Faschisten zu schlagen, wo sie sich den Arbeitern entgegenstellen und ihre Terrorakte zur Anwendung bringen wollen.

Nazibanditen lauern im Hinterhalt

Während im Zirkus Busch die tausenden Arbeiter den Kampf reden des provisorischen Kampfausschusses und den Vertretern der SPD. und SAP. lauschten und ihre Zustimmung anboten, zogen die „aufgelösten“ SA-Banden sich zum neuen Angriff gegen die Arbeiterschaft zusammen. Schon gegen 21 Uhr bemerkte man am Kaiser-Wilhelm-Denkmal die sich dort versammelnden Nazis. Als dann gegen 21.15 Uhr die Arbeiter die Schweidnitzer Straße bis zur Höhe des Kaufhauses Wertheim erreicht hatten, stürzten plötzlich, mit Stöcken und Schlagruten bewaffnet, die Mordbanden auf die ihres Weges ziehenden Arbeiter. Einer dieser braven Mordgeißeln feuerte aus einer Pistole auf die in dichten Reihen daherkommenden Proleten. Doch hier hatten die Faschisten die Rechnung ohne den Abwehrwillen der kämpfend entschlossenen Arbeiterschaft gemacht; derbe Proletenfauste brachten hier die Nazis zum Laufen.

Die inzwischen dazugekommene berittene Polizei mit nur, anstatt die angreifenden Nazis festzunehmen, Attaden gegen die Arbeiter. Eine Gruppe der Nazioten wurde am Denkmal von einigen Partisanen dauernd umkreist. Als dann jedoch ein Offizier erschien, durften die „unschuldigen“ SA-Leute das Weite suchen, während die „Ordnungshüter“ mehrere Verhaftungen von SPD., SAP. und parteilosen Arbeitern vornahmen. Nur dem tatkräftigen Eingreifen des kommunistischen Landtagsabgeordneten Gen. Franz, der sich mit unter der nach Hause strömenden Masse befand, war es zu verdanken, daß nicht größere Brutalitäten an der Arbeiterschaft verübt wurden.

Demonstrationen vor dem Nazi-Gauhaus

Auch in der Bischofstraße, dem Sitz der Gaugeschäftsstelle der Nazis, demonstrierten die aus der Kundgebung zurückkehrenden Arbeiter. Immer wieder ertönten die Kampfparolen: „Tod den Faschisten!“, „Kampft mit uns in der antifaschistischen Front!“, die den Mordwillen der Massen bekräftigten. Die Fahnen des Arbeitermordes waren aus Furcht vor den empörten Arbeitermassen niedergebald worden. In der Albrechtstraße, Döbnerstraße, kurz überall, dasselbe Bild. Überall handten Gruppen, die allerorts mit das alte Thema „Rot Front!“ diskutierten. Aus allen diesen Diskussionsgruppen war der Wille und die Kraft der Arbeiterschaft vernehmbar. Überall der unerschütterliche Glaube, daß nur durch die Kraft des Proletariats der Anhub des Faschismus, der Terror der Unternehmerricht und die brutalen Anarchie der Regierung gebrochen werden kann. Aus allen diskutierenden Gruppen war vernehmbar, daß die Massen der Arbeiterschaft sehr gut erkennen, daß die einseitige und die scharfe Waffe der Arbeiterschaft der Streit ist.

Nun gilt es, in allen Betrieben, an allen Stempelstellen, in den Wohnvierteln der Proleten usw. den roten Massenelbstschutz zu bilden. Überall muß jetzt der Streik in den Betrieben organisiert und entschlossen werden. Jetzt gilt es, zur antifaschistischen Aktion zu schreiten, dann ist die Niederschlagung des Faschismus und der Sieg der Arbeiterschaft sicher.

Achtung, Hoffstands-, Fützforge- und Pflichtarbeiter!

Am Dienstag, 19.30 Uhr, findet im Lokal Rudi, Malerstraße, eine wichtige Sitzung statt, an welcher die Debatte über die momentansichliche teilzunehmen haben. Wo keine Debatte vorhanden sind, müssen Vertreter geschickt werden. Thema: „Bericht über die Verhandlung beim Wohlfahrtsamt über die eingebrachten Forderungen.“

MASCH

Mittwoch 20 Uhr Minus: Marxismus (Vortragsabend).

Heute Abend Probe des Massenpredchors zum Solidaritätsting. Alle Mitwirkenden müssen um 19.30 Uhr im Lokal Rudi, Malerstraße 10, bestimmt erscheinen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Pravin und Soltes; Erich Goppe, Breslau. — Für die arischen Seiten: Alfred Rensch, Berlin. — Für Insetate: Albert Gollam, Breslau. — Verlag und Druck: Schließliche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 60.

<p>Monistische Gemeinde E. V. Breslau, Grünstraße 14/16 Ortsgr. des Volksbundes f. Geistesfreiheit</p> <p>Mittwoch, den 8. Juni 1932, 20 Uhr im Saale Grünstraße 14/16 Vortrag Redner: Emil Madek Thema: „Der Kampf ums Dasein“ Eintritt für Mitglieder frei Gäste 20 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.</p>	<p>Kolonialwaren Obst — Gemüse bei Johanna Nitsche Mittelgasse 5</p> <p>Genossen kauft nur bei unseren Inserventen!</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Kampf gegen Faschismus ist Kampf gegen Lohnraub

Eine „revolutionäre“ Rede über „Generalstreik“ und die Lehren daraus für die im Werden begriffene kämpfende Einheitsfront

Nach dem Vertreter des provisorischen Kampfausschusses sprach E. Schein von der SPD. Er sprach sehr revolutionär. Schein erinnerte an die Novemberkundgebung an dieser Stelle, wo man darüber freitete, wer eine „bessere revolutionäre Erkenntnis“ und „höhere marxistische Einsicht“ habe. Wir unterstreichen nur, wenn E. Schein erklärt: „Die Zeit für Diskussionen ist vorbei, es kommt jetzt auf den Kampf um Sein oder Nichtsein, um Leben oder Tod an.“ Jawohl, wer der bessere Führer ist, wer Anspruch auf die Führung der proletarischen Massen hat, das wird im revolutionären Kampf und nicht durch Reden bewiesen.

Im Interesse der Herstellung der Einheitsfront zur antifaschistischen Aktion wollen wir nicht verheimlichen, an dieser Stelle vor allem die SPD.-Arbeiter auf einige interessante Sätze in der Rede Scheins aufmerksam zu machen. Trotzdem sich Schein große Mühe gab, in seiner Rede „revolutionär“ zu sein, zeigte es sich, daß er das Programm einer Partei verrät, das nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Angesichts der glänzenden Kundgebung der zehntausenden Arbeitermassen „begrützte“ Schein die Bildung der Einheitsausschüsse von unten heraus, um gleich darauf den „Kampfstreik“ unter den politischen Parteien“ war nicht wörtlich, doch hingegen zu propagieren. Er forderte die „Zusammenfassung der mächtigen Arbeiterparteien“, den „Einheitsstreik von unten und oben“.

In dieser Forderung liegt die größte Gefahr, die der kämpfenden Einheitsfront in Breslau, die erst in ihren Anfängen steht, drohen kann. Das ist die Gefahr des Verlassens der revolutionären Kampfprinzipien des gebildeten Ausschusses gegenüber einer Partei und damit des Hinübernehmens in den Reformismus. Das darf nicht sein!

Wir wollen eine Einheitsfront, die wirklich der antifaschistischen Aktion, dem konkreten Kampf gegen Mordterror, Unterdrückungs- und Lohnraub dienlich ist.

Genosse Sandtner über die Aufgaben der antifaschistischen Aktion

Als letzter Redner spricht der Genosse Sandtner (SPD.):

Noch nie war die Lage so ernst wie heute. Wir haben eine Regierung der faschistischen Reaktion. Warum wurde die Weimarer Regierung gestürzt? Ihr Verzicht des Lohn- und Unterdrückungsraubs ist auf den entschiedenen Widerstand der Arbeiterschaft gestossen. Überall im Reich haben die Erwerbstätigen und zum Teil auch die Betriebsarbeiter Widerstand geleistet. Der erste Versuch der Bourgeoisie, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu erniedrigen, ist gescheitert. Der beginnende Widerstand unter den Arbeitermassen zwingt die Bourgeoisie zu noch brutaleren Maßnahmen. Der Betrag der SPD. und Gewerkschaftsführung, als ob mit Hindenburg Hitler geschlagen werde, wurde sehr schnell entlarvt. Hindenburg ist das Bündnis mit Hitler eingegangen. Die Politik des „kleineren Übels“ reicht heute nicht mehr aus. Die Bourgeoisie braucht stärkere Waffen gegen das sich zur Wehr legenden Proletariat. Aus all diesen Gründen wurde die Regierung v. Papen, die eine Regierung des Krieges, des Bündnisses mit Frankreich und England gegen Sowjetrußland ist, berufen. Nicht nur durch Vierung von Munition, auch mit Soldaten will sich die deutsche Bourgeoisie in die Kriegsvorderfront gegen Sowjetrußland einreihen. Das bedeutet Schicksal als Reichswehrminister. Im Landtag wird von den Nazis gegenüber den kommunistischen Abgeordneten das Faustrecht angewandt. Das bedeutet die offene Verhöhnung des Wortes. Weil man von der SPD. erklärte zu dem Überfall der Nazis auf die kommunistischen Abgeordneten: „Die SPD. wird niemals Gewalttätigkeiten mit Gewalt beantworten.“ Sie steht in der nationalen Opposition — Jeder Denker auf seinen Kampfposten für die Nation.“ Auf diese Weise unterstützt die SPD. die neue Regierung. Gegenüber den Arbeitern betreiben diese Führer eine Scheinopposition. Der Faschismus wird nie und nimmer liegen. Die Arbeiterschaft ist so stark, um ihn niederzuschlagen. Wie wird der Kampf gegen den Faschismus geführt? Der Anfang ist durch die Bildung des provisorischen Kampfausschusses gemacht. Schon jetzt der faschistische Terror gegen die Zusammenkünfte der Arbeiter ein. Wir stehen vor der Aufhebung des S.A.-Verbotes.

Papen fordert, daß die SPD. außerhalb des Gesetzes gestellt wird. Das ist ein Anschlag gegen die gesamte Arbeiterschaft!

Der Kampf gegen den Faschismus muß jede Stunde, muß täglich im roten Massenelbstschutz geführt werden. Er gilt nicht nur dem Naziterror. Der antifaschistische Kampf gilt insbesondere den Unternehmerangriffen, die versuchen, den Lohn abzu-

bauen, dem Unterdrückungsraub, den täglichen Ermittlungen usw. Zu diesem Zweck müssen die Kampfausschüsse in jedem Betrieb und auf jeder Stempelstelle geschaffen werden.

Aus der Mitte dieser Kampfausschüsse, in denen die besten proletarischen Kämpfer vertreten sind, wird der einheitliche Kampfausschuss, der die antifaschistischen Aktionen führt, gebildet.

Nicht die Parteien werden sich zusammenschließen! Wir werden unseren prinzipiellen Kampf als Kommunisten gegen die Gewerkschaftsführer, SPD. und SAP.-Führung nicht aufgeben. Die lauwarmen Arbeiter aber müssen sich unabhängig von ihrer Parteimitgliedschaft oder Organisationszugehörigkeit zusammenschließen. Das ist die wirklich kämpfende Einheitsfront.

Der Massenelbstschutz, der hier heute gebildet wird, hat die Aufgabe, die Nazis aus den Betrieben zu vertreiben. Er muß deshalb vor allem im Betriebe gebildet werden! Der Massenelbstschutz muß den Schutz der Arbeiterwohnungen, der Versammlungen und Arbeiterlokale übernehmen. Er muß ständig in Alarmbereitschaft liegen!

Der Sieg des antifaschistischen Kampfes geht nur über die Köpfe der SPD. und Gewerkschaftsführer hinweg. Mit ihnen gibt es keine Diskussion. Sie sind Vertreter der kapitalistischen Klasse, sie sind deren beste Agenten. Wir stellen nicht die Frage „Einheit um jeden Preis“, sondern Einheit um des konkreten tagelichen Kampfes im Interesse der Arbeiterschaft willen. Die Differenzen zwischen SPD. und SAP. werden durch den gebildeten Kampfausschuss nicht begraben. Der Kampf gegen alle jene, die sich der Einheitsfrontbewegung hemmend in den Weg stellen, wird sich verschärfen. Ohne die Klarheit über den Weg unseres täglichen Kampfes gibt es keinen Sieg! Das zeigt die ganze bisherige Geschichte der deutschen Revolution.

In Breslau sind wir auf dem Wege zur Bildung der roten Einheitsfront der antifaschistischen Aktion. Arbeiter, Frauen und Jugendliche! Ihr selber sollt das Urteil fällen über eure Führer, jene Partei, die am rücksichtslosesten, am härtesten und konsequentesten eure täglichen Interessen vertritt, sie ist die Führerin. Wir als kommunistische Partei sind bereit, alles zu tun für die kämpfende Einheit. Wir sind bereit, in vorderster Front zu kämpfen.

Am Osten an der sowjetrussischen Grenze tobt ein neuer imperialistischer Krieg. Jede Stunde und jeden Tag können

Kauft bei Blasse, Blasse ist billig, Graupenstraße 6/10

Zentrum

Man kauft nur Hut-Schurz-Hüte

Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33

Zweigstellen: 1. Gräbischer Straße 19/21, 2. Moltkestraße 4

Einkaufsquelle sämtlicher Werkstätten

Selten-Vertrieb Der schlechte Laden

Naustrouen bevorzugen Milch- u. Molkereiprodukte

Gemeinnütziges Pfandleihhaus

Schlesische Mühlenwerke Aktiengesellschaft Breslau

Schuhe Schuhvogel

Fleisch-Zentralen

Lebensmittelhaus

Wo kaufen Sie am billigsten

D. Süßmann

Stoff-Schuffan

Händler Engroslager Max Cohn & Co.

Wäscherei Schneewittchen

HUT-ROSENTHAL

Damenhüte preisw. durch eigene Fabrikation

Händler und Hausierer

Georg Nathan, Graupenstr. 2 4

Zigarren • Zigaretten • Tabake

Jeder Arbeiter kauft am besten bei

Wenn Ihnen andere Mittel nicht helfen

Kaschube & Döring GmbH

anzugstoffe kaufen Sie billigst und gut bei

Drogen, Farben, Foto

Damenhüte D. Marcus

Werkstätte, kauft Radio nur bei

Paul Peschke, Messergasse 1

Damenhüte Marco-Hüte

Herrenartikel Hecht

Radiobastler und Sportler

Gelegenheitskauf

Fleischerei und Wurstwaren

BUTTER, EIER, SCHMALZ

Nilitschka - Tapeten

Schuhwerk

Photo-Bazar Lüttgens

Möbel-Tischlerei Oskar Fröhlich

Elektro-Wäscherei Odertor

Milch- u. Molkereiprodukte

Schuhbesohlung Curt Thamm

Man kauft Möbel preiswert

Nord B. Pohlz

Richard Karsunky & Co. Möbel

Arbeitsbekleidung Sortimentslager Norden

Max Fichte

Butter-Zentrale

Fleischerei

Paul Herrmann

St. Vincenz-Drogerie

Fritz Müller, Mühlen Niederlage

Gute Schuhbesohlerei

Paul Jilke, Piastenstr. 1

Kolonialwaren, Spirituosen

Nord-Drogerie und Photohandlung

Nord Hedwig Depta

Kolonialwaren - Spirituosen

Fischgeschäft

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“

Paul Kuschel

Dampfwäscherei und Feinplätterei

Albert Stosch

Doon-Drogerie

Grabdenkmäler, Urnen

Foto / Farben / Lacke

Trinkt

Bürgerliche-Brauhaus-Biere

Gastwirtschaft Langes Holz

Brauerei - Aussdank

Frühstückstube

A. T. G.

Ost Hüte - Mützen, Herren-Artikel

Ede, Farben, Pinjel

Paul Scholz

Fischhaus

Max Höse

Südost

Sämereien - Gartenbedarfsartikel

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren

Kolonialwaren

Bach & Blachmann

Trinkt Nitschke-Crem

Gesellschaftshaus „Jägerhof“

Trinkt Nitschke-Crem

Brot- und Feinbäckwaren bei

Emil Menzel, Süwenfeldstr. 31

Oskar Laugha

Bäckerei und Konditorei, G. Rappich

Vogelkutter nur bei Ritter

Schmelz ist und bleibt billig!

Täglich frische Seelische und Räucherwaren

Kolonialwaren

Anderssenstraße 2

Farben und Ede / Malerhaus

Cebensmittelhaus

Tischlerarbeiten

Fleischerei und Wurstfabrik

R. Miska, Redigerstr. 6/8

zum Arbeiter, wohin?

zum Arbeiter, wohin?

zum Arbeiter, wohin?

zum Arbeiter, wohin?

Die Massen berechnen die moralische faschistische Diktatur Jugoslawiens

Von W. Woschkowitsch

Die faschistische Militärdiktatur in Jugoslawien wurde Anfang 1929 aufgerichtet. Sie stellte sich die Aufgaben: die revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse zu zerstören, die Bauernschaft mit der Regierung auszuföhnen, die nationale Freiheitsbewegung der Kroaten, Slowenen und Montenegriner zu liquidieren, die Wirtschaft Jugoslawiens durch ausländische Subsidien und Anleihen zu stabilisieren und die internationale Lage Jugoslawiens als eines sehr wichtigen Abschnitts der Antifaschistischen Front zu festigen.

Mit Ausnahme dieser letzten Aufgabe hat die faschistische Militärdiktatur kein einziges der ihr gestellten Ziele erreicht. Sie hat die Wirtschaft Jugoslawiens nicht gestützt. Sie hat die Arbeiter- und Bauernbewegung wie auch die nationale Freiheitsbewegung wohl vorübergehend geschwächt, sie hat aber nicht vermocht, die revolutionären Organisationen zu vernichten.

Die ausweglose Lage der jugoslawischen faschistischen Diktatur drängte sie einerseits zur Anwendung des brutalsten Terrors, der immer breitere Schichten der werktätigen Bevölkerung gegen sie aufbrachte (das Gesamtergebnis des weißen Terrors innerhalb zwei Jahren waren 104 politische Morde, über 10.000 politische Verhaftungen und mehr als 3000 Gefangene in den Kerker); auf der anderen Seite war diese Lage der Beweggrund ihrer Versuche, durch Kriegsabenteuer eine Rettung zu finden.

Unter diesen Verhältnissen, bei Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise, besonders der Agrarkrise, begann die revolutionäre Bewegung sich auszubreiten, während die soziale Basis der faschistischen Militärdiktatur schrumpfte.

Nunmehr nahm die Großbourgeoisie ihre Zuflucht zu einem Manöver, das die Diktatur retten sollte: Am 3. September 1931 wurde die „Verfassung“ proklamiert, die bestimmt war, ein neues Werkzeug für den Betrug und die Unterdrückung der Werktätigen in Stadt und Land zu werden. Auf der Grundlage dieser Verfassung wurden Parlamentswahlen ausgeschrieben. Es lag aber nur eine Liste (!) auf, deren Spitzenkandidat der Militärdiktator General Djovic war.

In der ersten Hälfte des April folgte dann ein erneuter Versuch, sich durch ein Manöver herauszuwinden. Die Regierung des Generals Djovic demissionierte. Sie wurde von der Regierung Marinkovic abgelöst.

Zu dem Regierungswechsel trug auch die Weigerung der französischen Börse bei, Jugoslawien neue Kredite zu gewähren. Frankreich hatte Jugoslawien Anleihen hauptsächlich für Kriegszwecke gegeben: für den Bau von strategischen Eisenbahnen und für neue Rüstungen. Auf der anderen Seite dringt der französische Imperialismus, der bei der Errichtung der faschistischen Militärdiktatur im Januar 1929 und auch bei dem Manöver mit der „Verfassung“ am 3. September 1931 eine große Rolle gespielt hat, immer mehr auf eine „Ausföhnung“ der herrschenden Großbourgeoisie mit den serbischen, kroatischen und slowenischen bürgerlichen Oppositionsparteien. Der französische Imperialismus drängt die bürgerlichen Parteien auf diesen Weg, um eine breitere „nationale Basis“ für die Antifaschistische Front zu schaffen.

In Zusammenhang mit der Verschärfung und Vertiefung der Agrarkrise und der nationalen Bedrückung ist das ganze Land in der letzten Zeit in zunehmendem Maße von Bauernunruhen erfasst. Bauernrevolten haben sich in zahlreichen kroatischen Dörfern abgelebt. Auch in Bosnien sind Hungerrevolten der Bauern im Gange.

Besonders verschärfte sich im Zusammenhang mit den Bauernunruhen die Lage in Dalmatien, wo man heute noch Ueberreste des Feudalismus findet. Nach tschechoslowakischen Presseberichten rebellieren in Dalmatien 30 Dörfer.

Aus Slowenien werden ebenfalls große Bauernunruhen gemeldet. Unruhen unter der Bauernschaft sind weiter in Mazedonien ausgebrochen.

In Serbien kam es infolge der Zwangseintreibung der Steuern zu häufigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und der werktätigen Bauernschaft.

In Verbindung mit den Unruhen finden im ganzen Lande Massenverhaftungen mit der Bauernschaft statt. Die verfolgten

Weißbandit in Mandschurei-Kommission

Tolle Provokation des Völkerbundes gegen die Sowjetunion: Weißgardist als „Autorität in russischen Fragen“ in der Mandschurei / Der Vertreter Deutschlands deckt den Skandal

Peking, 6. Juni. Laut Meldung aus Mukden begibt sich die aus Dairen zurückkehrende Völkerbundkommission, die ihre „Arbeit“ in der Mandschurei als beendet betrachtet, nach Peking.

Die „Mandschurian Daily News“ teilen u. a. eine sehr interessante Einzelheit aus der Tätigkeit dieser Kommission mit: Wie sich herausstellt, ist einer der hochgestellten Beamten der Kommission ein gewisser Pastuchow, ein russischer weißgardistischer Emigrant, der tschechische Staatsbürgerrechte angenommen hat. Wie die Zeitung berichtet, entfaltete dieser Pastuchow, der eine „Autorität in russischen Angelegenheiten“ ist, während des Aufenthalts der Kommission in Charbin „eine große Aktivität in den dortigen weißgardistischen Kreisen“. Er besuchte den bekannten Maman Semjonow, an-

geblich, „um die Lage der russischen Emigranten in der Mandschurei aufzuklären.“

Selbstverständlich sind Lord Lytton und die anderen Mitglieder der Kommission über die aktive antibolschewistische Tätigkeit ihres wertvollen Mitarbeiters Pastuchow unterrichtet. Selbstverständlich weiß auch Herr Dr. von Schneeg, Deutschlands Vertreter in dieser Kommission, davon. Aber dieser Herr deckt alle japanfreundlichen Berichte der Kommission mit seinem Namen, findet kein Wort des Protestes über die unerhörteste Vergeßlichkeit des mandschurischen Volkes durch die japanische Soldateska. Der deutsche Vertreter findet die Zusammenarbeit mit einem offen antisowjetistischen Weißgardisten anscheinend genau so in Ordnung wie Japans Raubzug in der Mandschurei.

Herriot führt Tardieus Kriegspolitik weiter

Paris, 6. Juni. Die wichtigsten Männer im Kabinett Herriot sind Chaumepe als Vizeminister und Innenminister, Paul Boncour als Kriegsminister, Painlevé als Luftfahrtminister und Vorsitzender des nationalen Verteidigungsausschusses sowie Germain Martin als Finanzminister.

Die entscheidenden Ministerien sind mit Politikern besetzt, die sich zwar zur „Linken“ zählen oder, wie Paul Boncour, sogar noch „Sozialisten“ nennen, aber den chauvinistischen Kriegskurs des französischen Imperialismus konsequent verfolgen. Paul Boncour war es, der das Gesetz zur Mobilisierung der gesamten Bevölkerung mit Frauen und Kindern im Kriegsfall durchgebracht hat, Paul Boncour ist würdiger Vertreter Frankreichs auf der „Abrüstungs“-Konferenz. Auch die von Tardieu neugegründeten Organe zur

Vorbereitung des kommenden Krieges beim französischen Generalstab und der Regierung werden beibehalten. Herriot betonte bei Bekanntgabe seiner Ministerliste nochmals, daß seine Außenpolitik sich nicht von der seines Vorgängers unterscheiden werde, daß oberster Leitsatz die Heiligkeit der Verträge, d. h. die Aufrechterhaltung des Versailler Raubsystems und der Sicherheitschätze, d. h. Aufrüstung und weitere Kriegsvorbereitung sei. Auch innenpolitisch wird sich der Kurs gegen die Arbeiterbevölkerung entsprechend der gesteigerten Krisengefahr verschärfen.

Die erste Regierungshandlung Herriots war, von Desterreich für eine neue Anleihe die Unterstützung der französischen Donaublod-Pläne zu verlangen, ein Beweis dafür, daß Herriot auch in Südosteuropa die Pläne und die politischen Methoden Tardieus weiterverfolgt.

10 1/2 Millionen Arbeitslose in Amerika

W.B. Washington, 6. Juni. Nach Schätzung von gewerkschaftlicher Seite beträgt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten gegenwärtig 10 1/2 Millionen.

Bauern fliehen in die Berge, bilden dort Banden und führen einen hartnäckigen Kampf gegen die Gendarmen.

Auch die nationale Freiheitsbewegung ist trotz des fürchterlichen Drüdes, der auf Kroatien, Slowenien und Mazedonien lastet, im Wachstum begriffen.

Der revolutionäre Aufschwung im Lande hat auch unter der studierenden Jugend einen Widerhall gefunden. Die Studentenunruhen hören nicht auf. In Belgrad ist es sogar zu Barrikadenkämpfen zwischen Studenten und der Polizei gekommen. Darauf hat die Regierung die Belgrader Universität bis zum 15. Mai geschlossen.

Die revolutionäre Gärung greift auch auf das Heer über. In Maribor, Zagreb und in anderen Garnisonstädten sind unter den Offizieren und Unteroffizieren Massenverhaftungen vorgenommen worden.

Der verstärkte revolutionäre Aufschwung hat sich auch an der Börse kraß ausgewirkt. Die Staatspapiere erlitten einen Kurssturz von 450 auf 225 Dinar und im weiteren Verlauf auf 167 Dinar. Agrarische Obligationen sind von 32 auf 20 Dinar gesunken, Obligationen des ländlichen Großgrundbesitzes von 40,5 auf 30 Dinar um. — Zugespitzt hat sich weiter die Finanzkrise. Die „Erste Sparkasse Kroatiens“, gegründet 1848, mit 50 Filialen im ganzen Lande, ist zusammengebrochen.

Es ist kein Zufall, daß der französische Imperialismus über die kritische Lage der jugoslawischen Diktatur so sehr beunruhigt ist. Das Jugoslawien der Gegenwart, ein Produkt von Versailles, ist gleichzeitig eines der wichtigsten Glieder der Versailler Kette, die man dem kapitalistischen Europa der Nachkriegszeit angelegt hat.

Die jugoslawische Bourgeoisie ist neben der rumänischen der

Agent und treue Hüter der Interessen des französischen Kapitals auf dem Balkan, ein Schutzwall gegen Italien.

Außerdem nimmt der jugoslawische Faschismus in den sowjetischen und in den Plänen des französischen Imperialismus einen sehr wichtigen Platz ein. Nicht umsonst ist Jugoslawien das Eldorado der weißgardistischen Emigration, die sich der finanziellen und moralischen Unterstützung der faschistischen Regierung erfreut.

Kriegsschulen, Militärlager der Weißgardisten, die in ganz Jugoslawien zu finden sind, werden aus jugoslawischen Staatsmitteln unterhalten. Ein weißgardistisches Heer aus Banditen von der Art eines Gorgulow wird hier für den Fall eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion aufgestellt.

Die Ereignisse in Jugoslawien zeigen, daß die wachsende Unzufriedenheit breiter werktätiger Massen alle Schranken der faschistischen Diktatur zu durchbrechen beginnt, daß die Grundlagen dieser Diktatur erschüttert und gesprengt werden.

Unter diesen Verhältnissen stellt sich die kommunistische Partei Jugoslawiens als wichtigste Aufgabe, durch aktive Teilnahme an allen Massenaktionen, durch die Arbeiter in den Betrieben, in den Dörfern und Kasernen den gemeinsamen einheitlichen Kampf der Arbeiter, Bauern und der Werktätigen der unterdrückten Völker zu sichern. Die führende Rolle der Arbeiterklasse in diesem Kampfe zu sichern. Trotz dem brutalen Terror der faschistischen Diktatur wird die kommunistische Partei die Entfaltung aller Führer der kleinbürgerlichen Oppositionsparteien verfolgen, die versuchen, die Führung der wachsenden Bewegung der Massen an sich zu reißen, um die Massen führerlos zu machen. Sie übernimmt die Führung im revolutionären Massenkampf zum endgültigen Sturz der faschistischen Diktatur.

Frauen führen Krieg

von Emma P. Donberger

Copyright by „Rote Fabrik“, Berlin, 1932.

47. Fortsetzung

Der Zug war wieder, wie die gestrigen, von Feldgrauen besetzt. Er fuhr langsam ein. „Hallo, hallo, Luise!“ ertönte plötzlich eine Stimme.

Ein Soldat winkte und gestikuliert wie verrückt. Luise erkannte ihn. Es war Rudi Schmidt: „Komm her, fahr mit!“

Der Zug hielt. Die Lokomotive brauchte Wasser. Plötzlich war der Bahnsteig voller Soldaten, die sich die Füße verkrampften und herumknurrten, ob es nicht irgendwo was zu essen gäbe. Rudi Schmidt drängte sich durch die Menge hindurch zu Luise. Hinter ihm her kam noch jemand. War es Erich? Nein. Eine große Ueberraschung: Der Monteur Schwarz stand vor Luise. Sie begrüßten sich stürmisch, umarmten und drückten sich. „Komm, fahr mit uns! Gleich geht es weiter! Wir werden schon Platz schaffen!“

„Soll ich mitfahren?“ fragte Luise den hinter ihr stehenden Erich.

„Du man tau, min Deern, je eher du no Huus kommen deist, um so beter for di!“

Mit großem Jubel wurde Luise in dem Viehwagen begrüßt. Sie war die einzige Frau, die mitfuhr.

Auf dem Boden lag altes Stroh. Es war feucht und schmutzig und stank widerlich. Trotz der offenen Tür war der Geruch kaum zum Aushalten. Die Lokomotive piffte. Es ging weiter. In guter Laune stimmten die Soldaten ein Lied an:

„Die Vögel im Walde, die sangen, sangen, sangen so wunderbar. In der Heimat, in der Heimat, da gib's ein Wiedersehen!“

„Als ihr 1914 das Lied gesungen habt, da habt ihr euch das Wiedersehen doch sicher anders vorgestellt?“ fragte Luise die Soldaten, als das Lied verklungen war.

Sie schwiegen und nickten. Rudi Schmidt sagte: „Ja, ungefähr so, wie es immer auf den Bildern aussah: Einzug der siegreichen Armee durchs Brandenburger Tor, an der Spitze reitet Seine Majestät und dann kommen wir. Von allen Seiten werden wir mit Blumen beworfen, wir sind die Helden!“

„Ja, Scheiße, traurige Helden sind wir, haben viel zu lange Schindluder mit uns treiben lassen. Und jetzt kommen wir als Besiegte nach Hause.“

„Sieger oder Besiegte, das ist doch ganz egal, die Hauptsache ist, daß wir jetzt Schluss gemacht haben!“

Auf dem nächsten Bahnhof wurde wieder halt gemacht. Ein Soldat verteilte Zettel mit einem Funkspruch des „Arbeiter- und Soldatenrats“. Die Soldaten rissen sich die Zettel aus der Hand, darauf stand:

„Der deutsche Kaiser ist heute morgen um 10 Uhr in Holländisch-Elzhamm-Limburg mit zwölf kaiserlichen Automobilen angekommen. In seiner Begleitung waren höhere Offiziere und Chauffeure. Er ging zu Fuß zum Bahnhof. In zehn anderen Wagen befand sich das Gepäck. Der Zug fuhr eine kurze Strecke durch Belgien und wurde von den Belgiern unter Feuer genommen. Der Zug war besetzt durch holländische Gendarmerie.“

Diese Meldung zündete wie ein Brandfadel unter einem Strohhäufchen. Alles diskutierten erregt über das Ereignis.

Der Zug fuhr in Schnecken-tempo weiter. Auf den größeren Bahnhöfen gab es immer langen Aufenthalt. Stundenlang wurde halt gemacht, auch schon außerhalb der Bahnhofshallen, bevor das Signal zur Einfahrt kam. Stunde um Stunde verrann. Luise war ganz elend zumute. Sie saß in einer Ecke auf ihrem Koffer und lehnte sich an die Knie des Monteurs Schwarz, der neben ihr stand. Sie hatten sich noch lange unterhalten. Schwarz hatte nur drei Tage Arrest bekommen für den Zusammenstoß mit dem Leutnant. Die hatte er hingenommen. Mit dem Verlust seiner Frau konnte er sich noch immer nicht abfinden. Er war ernst und schweigsam.

Es wurde dunkel, und immer noch nahm die Fahrt kein Ende. Luise war eingeschlafen.

Plötzlich ein Ruck! Halt! Lärm erscholl! Luise hörte, wie jemand draußen schrie: „Hauptbahnhof Aachen, alles aussteigen!“ Ganz gerädert krabbelte sie heraus. Ueber das Menschengewimmel hinweg winkte sie nochmals dem Rudi und dem Monteur und verlor sie dann aus den Augen.

Soldaten mit roten Armbinden, auf denen sie las: „Arbeiter- und Soldatenrat“ hatten die Regie.

„Gehen Sie in den Wartesaal zweiter Klasse“, sagte ein Soldat zu ihr, „dort sitzen die Frauen, dort werden Sie abgefertigt.“

Müde und niedergedrückt folgte Luise diesem Rat. Der Wartesaal glich einem Auswandererlager. Frauen saßen an den Tischen und auf den Bänken, diskutierten oder lagen und schliefen. Luise dachte an nichts anderes als an Schlafen. Der Kopf brummte ihr. Sie war gerade eingenickt, als ein Soldat bekanntgab, daß alle Frauen sich bis zum nächsten Morgen in der Wartehalle des Bahnhofs aufzuhalten hätten.

„Warum das? Wir wollen weiter, wir wollen nach Hause!“

„Heute nacht kommen nur Züge durch, die ohne langen Aufenthalt weitergeleitet werden, sie sind vollständig besetzt!“

„Aber wir müssen nach Hause.“

Der Feldgrau mit der Armbinde lächelte. „Kommt schon noch früh genug, erst müssen wir mal die Soldaten transportieren, die sind wichtiger für die Revolution als ihr dummen Gänse.“

„Freiheit!“ leiste ein Bürofräulein.

Sie manifestierte sich ihre schmutzigen Fingernägel.

„Wo kann man sich hier waschen, wie ein Schwein sieht man aus!“ schrie sie dem Soldaten zu.

„Alle Züge“, sagte er, „wir haben jahrelang wie die Schweine ausgesehen, währenddem ihr mit euren Offizieren pouffiert habt!“

Luise fühlte sich zerschlagen und zertreten. Sie schloß, ihrer Koffer als Kopfkissen benutzend, auf einer Bank ein. Als sie wach wurde, schlug die Uhr eine Stunde nach Mitternacht.

Die Müdigkeit war plötzlich verflogen.

Nun, nachdem sie ein paar Stunden geschlafen hatte, sah sie alles viel nüchterer und klarer. Wie lange sollte sie hier noch untätig sitzen? Sie wollte und mußte weiter. Nach Köln! Dort kannte sie jeder, dort würde man sie brauchen. Im Arbeiter- und Soldatenrat da wird sie doch ihre „Jungens“ wiederfinden. Und Paul? Hatte man eigentlich die politischen Gefangenen entlassen? Das wird ein Wiedersehen geben!

(Fortsetzung folgt)

Die werktätige Frau

Aufruf des Reichskomitees werktätiger Frauen Frauen, Mütter, Mädchen der Arbeiterklasse

In erster Stunde richten wir unseren Ruf an euch:
Schließt euch zusammen zur Antifaschistischen Aktion!
Trübt nicht länger, daß die Nazibanden eure Männer, Söhne
morden.
Denkt an Frau Waffa, deren Mann vor ihren eigenen Augen
von den Nazis Viehisch niedergeschlagen wurde.
Ihr Schicksal kann morgen das eure sein, wenn ihr euch nicht
einreißt in die Antifaschistische Aktion

gegen Naziterror und Klassenjustiz.
Antifaschistische Kämpfer wurden im Niederrhein zu 10 und 12
Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Nazimörder Kienast, der den
Verbreiter Waffa erschlug, erhielt die lächerliche Strafe von 3 Jahren
und 3 Monaten Gefängnis. Aufreizend sind diese Klassenurteile.

Protestiert gegen diese Klassenurteile!
Fordert die Freilassung aller antifaschistischen Kämpfer!

Die Nazis jagen euch, sie wollen die Familie retten. In
Braunschweig, wo Nazi-Klages regiert, werden alle Rotenord-
nungen gegen das werktätige Volk brutal durchgeführt. Nazi-
klages der alle Ausgaben für Mütterheime und Kinderrippen
gehten. Nazi-Klages liegt in Klein-Emmstedt einen lungen-
kranken Erwerbslosen mit seiner hochschwangeren Frau und zwei
unmündigen Kindern erzwängern. In einem fensterlosen Raum mit
sechs Quadratmeter Bodenfläche, wo es zum Dach hereinregnete,
mußte die Mutter ihr Kind zur Welt bringen.

Die Nazis fordern die Todesstrafe für Abtreibung.
Sie wollen euch zu willfährigen Gebärmachinen machen. Ihr
sollt dem Manne Dienerin und Magd sein. Eure Menschenwürde
soll mit Nüssen getreten werden. Eure Familie soll durch noch
schlimmeren Hunger zur Verzweiflung getrieben werden.

Die Nazis sind die Todfeinde der Befreiung und Gleich-
berechtigung der Frau!

Macht Schluß mit ihnen!
Sozialdemokratische Arbeiterinnen, Gewerkschaftskolleginnen!
Euch hat man gesagt: Wählt Hindenburg, dann schlägt
ihr Hitler! Derselbe Hindenburg hat jetzt die Regierung der
Generale und Barone in den Sattel gehoben und bereitet Hitler
den Weg zur Macht.

Sammelt euch, vereint euch — gleich, welcher Parteirichtung
und Weltanschauung, zur Antifaschistischen Aktion.

Kümmert in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den
Häuserblöcken alle Säumnigen auf!

Verhindert durch eure revolutionäre Tat die Errichtung der
blutigen faschistischen Diktatur!

Antwortet mit Streik gegen faschistischen Terror, Lohn- und
Unterstützungsabbau!

Reißt euch ein in den roten Massenelbstschuß!
Bildet Einheitsausschüsse zum gemeinsamen Kampf gegen
Hunger, Faschismus und Krieg!

Erfämpft Freiheit, Brot, Frieden, Sozialismus!

Werdet antifaschistische Kämpferinnen für ein freies, sozia-
listisches Deutschland!

Bei den Reichstagswahlen gebt eure Stimme der
Liste der Kommunistischen Partei, der einzigen Partei,
die gegen Faschismus, gegen das herrschende kapitali-
stische System den Befreiungskampf der Arbeiterklasse
führt!

Reichskomitee werktätiger Frauen,
Berlin NW, Clajfer Straße 51.



Elendsbild aus dem faschistischen Italien

Front der Frauen

Wir standen im Werk beim Granatendrehn,
Wir füllten das Giftgas in Flaschen.
Wir trafen uns hungernd beim Schlangestehn . . .
Gingen heim mit leeren Taschen.
Wir führten die Wagen, wir trugen die Post,
Wir preßten die Bleche und Niete —
Ersatzstoffe, Rüben . . . das war unsre Kost!
Wir schafften und schafften — Profite,
wir Frauen, wir Frauen!

Uns kamen die Männer als Krüppel nach Haus.
Blieben tot auf dem „Felde der Ehre“.
Wir kosteten Leid bis zur Neige aus,
Schafften weiter — Kanonen, Gewehre!
So war sie bei uns, diese „große Zeit“,
So war sie auch jenseits der Fronten:
Profite den Reichen — den Armen das Leid,
Weil wir, wir nicht denken konnten,
wir Frauen, wir Frauen!

Wir kannten nur Fronten des Heeresberichts,
Wir sah'n nicht die Fronten der Klassen:
Wir ahnten von 'Ursach' und Wirkung nichts . . .
Haben uns schändlich belügen lassen! —
Schon hören wir wieder im ganzen Land,
Im Funk und im Film, in den Blättern
Die alten Phrasen in neuem Gewand
Vom „Vaterland“ und seinen „Rettern“,
wir Frauen, wir Frauen . . .

Doch wissen wir Antwort, und die ist nicht
Der Schwindel der Herren Pazifisten.
Wir sagen: Hier Volk — dort die Herrenschicht!
Hier Arme — dort Kapitalisten!
So stehen die Fronten im nächsten Krieg
Quer durch die Länder und Heere:
Erst wenn er errungen, der Klassensieg,
Zerbrechen wir Tanks und Gewehre — —
wir Frauen, wir Frauen, wir Frauen!

Hedda Zinner.

Kampf

gegen Massenentlassungen, Lohn-
abbau, Faschismus und schlechte
Arbeitsverhältnisse führt allein die
KPD. Deine

Kraft

mußt du einsetzen, diesen Kampf zu
gewinnen!

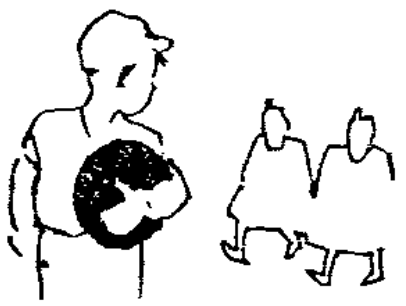
Sieg

der Arbeiterklasse über den Kapita-
lismus!

Sozialismus ist unser Ziel!

ECKE für proletarische Kinder!

Wie schicken einen von uns zur Sowjetunion



Als wir lasen, daß 175 Kinder
aus Deutschland von den Sowjet-
pionieren eingeladen worden sind,
gab es ein großes Hallo bei uns.
Das ist ja eine Sache!

Bei uns gibt es den Helmholz-
platz. Da spielen jeden Tag viele
Kinder. Da der Platz ja nur klein
ist, gibt es immer Krach. Alle
Kinder aus vier großen Straßen
wollen doch nicht einander auf die
Köpfe raufklettern. So spielen die allermeisten Kinder auf dem
Steinboden. Das ist gefährlich.

Aber auch das Spielen auf dem Platz macht keinen richtigen
Spaß. Der Platz darf nicht betreten werden! Die Bäume dar-
man nicht anfassen! Da paßt Puppe auf. Puppe mit der Krücke!
(Das ist der Platzwächter.)

Spielen dürfen wir nur auf dem Schotterboden. Wenn da
einer fällt, hat er ein Loch im Knie oder im Kopf. Aber was
spielt man? Da schimpft Puppe. Oder die Sipo kommt und
nimmt ihn uns weg.

Wir haben keinen richtigen Spielplatz. Das wollen wir den
Kindern der Sowjetunion sagen. Deshalb werden wir einen
Delegierten schicken.

Wie wählen wir den Delegierten?

Wir sagen allen Kameraden, die zum Platz spielen kommen,
daß einer von uns zur Sowjetunion fahren soll. Dann werden
wir eines Tages eine Versammlung machen und alles besprechen.
Dann wird einer von uns gewählt.

Was machen wir nach der Wahl?

Dann sammeln wir das Fahrgeld für unseren Abgesandten.
Der kann ja nicht zur Sowjetunion laufen, sondern muß fahren.
Das wichtigste ist aber, daß wir Briefe über unser Leben
schicken und mitschicken.

Wir werden die Sowjetkinder fragen:

Habt ihr auch nur einen kleinen Spielplatz?
Nimmt euch Puppe oder die Sipo auch die Bälle fort?
Habt ihr auch nie satt zu essen?

Seid bereit!

Eine Fußballclique aus Berlin.

Nazi schlägt Pionier nieder

Nachdem in Braunschweig bereits am 6. April der
Jungpionier Robert Giffhorn (13 Jahre) von dem 19-jährigen
SA-Banditen Fritz Hinstedt durch Schüsse aus einem Jagd-
gewehr schwer verletzt wurde, wurde am Dienstag, dem 24. Mai,
der 11-jährige Pionier Eduard Opitz das Opfer eines
blutigen SA-Ueberfalles. Ein etwa 25-jähriger SA-Bandit ging
in der Schleinitzstraße auf den Jungpionier los, schlug ihn mit
beiden Fäusten mehrmals ins Gesicht, packte den Jungen und
stieß ihn, nachdem er ihn ein paarmal herumgeschleudert hatte,
mit dem Kopf auf ein eisernes Gartenstaket. Zum Schluß brüllte
der Viehische Mordbandit dem halb bewußtlosen, aus schweren
Gesicht- und Kopfverletzungen blutenden Jungpionier noch zu:
„Wenn du nicht sofort machst, daß du nach Hause kommst, dann
kriegst du noch mehr.“ Herbeieilende Rote Jungpioniere und
Schulkameraden brachten ihren Kameraden zur Polizeiwache,
wo er notdürftig verbunden wurde, damit er sich nach seiner
elterlichen Wohnung schleppen konnte. Die Verfolgung des Nazi-
banditen wurde von der Polizei abgelehnt.

Dieser Ueberfall ist eine Mahnung auch für uns Kinder, die
Antifaschistische Aktion der Arbeiterklasse mit allen
Kräften zu unterstützen. Richtig haben die Pioniere Braun-
schweigs geantwortet, indem sie an der Schule, in welcher der
Jungpionier geht, zum Streik rüsten unter folgenden Forde-
rungen:

1. Räumung der SA-Kaserne „Vater Jahn“ und Schließung
dieses Nazilokals. (Von dieser Kaserne ging der Ueberfall
aus.)
2. Ergreifung und Bestrafung der Nazimordbanditen.
3. Abschaffung der Turnspielstunden auf dem kleinen Exer-
zierplatz bis zur Erfüllung dieser beiden Hauptforderungen. (Das
Nazilokal liegt am kleinen Exerzierplatz.)

Ueberlege nicht lange

Wir wollen einen Brief von dir
haben. Nämlich über die Reise der
175 Kinder zur Sowjetunion. Was
sagst du dazu? Wie machst du es,
daß alle Kinder es erfahren? Ber-
richte uns von euren Kinderversamm-
lungen, wie ihr eure Abgesandten
wählt. Die besten Briefe werden hier und in der „Trommel“
abgedruckt. Der beste Brief der Woche wird mit einem Buch
belohnt.



Wer bis zum 14. Juli den besten Brief schreibt, erhält das
Buch „Die Rache des Kabunauri“.

Unsere Adresse: An die „Trommel“, Berlin C 25, Kleine
Alexanderstraße 28.

Berichtigung

In der letzten Kinarecke war ein Druckfehler. Die Ueber-
schrift: „Ein Jungpionier niedergeschlagen“ muß fortfallen. Der
folgende Text wird an den Schluß der Mittelspalte angehängt.

Die Trommel Nr. 6 ist da



16 Seiten, viele Bilder — nur 10 Pf.